

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Adolf Kessel (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

Situation asylsuchender orientalischer Christen

Die **Kleine Anfrage 2167** vom 11. Februar 2014 hat folgenden Wortlaut:

Orientalische Christen unterliegen in ihren Herkunftsregionen einer besonderen Verfolgungs- bzw. Diskriminierungssituation. Deshalb suchen vermehrt orientalische Christen Zuflucht in Deutschland. Dennoch sind sie auch unter den Asylsuchenden deutlich in der Minderheit und können im Gegensatz zu vielen anderen Flüchtlingsgruppen nicht auf eine verbreitete Gemeindestruktur zurückgreifen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern haben Gemeindevertreter der rheinland-pfälzischen Gemeinden orientalischer Christen Zugang zu den Erstaufnahmeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz?
2. Inwiefern öffnet die Landesregierung die Erstaufnahmeeinrichtungen für seelsorgerische Angebote oder Gottesdienste für orientalischer Christen?
3. Werden asylsuchende orientalischer Christen auf Wunsch einer Kommune zugewiesen, die beispielsweise in geografischer Nähe zur assyrischen Gemeinde in Worms oder zur koptischen Gemeinde in Bitburg liegt?

Das **Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Februar 2014 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Erstaufnahme Asylbegehrender in Rheinland-Pfalz erfolgt in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Trier, Dasbachstraße, sowie in den Außenstellen Ingelheim und Trier, Luxemburger Straße. Die Aufnahmeeinrichtung ist grundsätzlich eine offene Einrichtung und somit haben auch Vertreter religiöser Gemeinden Zugang zu dieser. Um sicherzustellen, dass die dort Untergebrachten nicht gegen ihren Willen angesprochen werden, können Einzelpersonen, Familien oder auch Flüchtlingsgruppen in Absprache mit der Leitung und nur mit deren Einverständnis durch diese betreut werden.

Zu Frage 2:

Eine durch das Land sicherzustellende Seelsorge ist in der Aufnahmeeinrichtung nicht vorgesehen, da die Bewohnerinnen und Bewohner Angebote der umliegenden Kirchengemeinden besuchen und nutzen können.

In den zur Verfügung gestellten Gemeinschaftsräumen der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende können in Abstimmung mit der Leitung seelsorgerische Angebote durchgeführt werden. Gottesdienste werden mit Rücksicht auf die Gläubigen verschiedener Religionsgemeinschaften in der Einrichtung und der örtlichen Nähe von Kirchengemeinden grundsätzlich nicht gestattet.

Zu Frage 3:

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) ist zuständig für die Verteilung von Personen nach § 1 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz. Die Verteilung erfolgt gemäß § 6 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz grundsätzlich nach der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Landkreise und kreisfreien Städte. Hierfür wird jährlich ein Verteilungsschlüssel ermittelt.

b. w.

Bei der landesinternen Verteilung wird der Haushaltsgemeinschaft von Ehegatten sowie Eltern und ihren minderjährigen ledigen Kindern oder sonstigen humanitären Gründen von vergleichbarem Gewicht Rechnung getragen. Eine Berücksichtigung religiöser Aspekte findet nicht statt. Allerdings können die Asylbegehrenden während des Aufenthaltes in der AfA in einer sogenannten „Sprechstunde“ Wünsche hinsichtlich der Zielkommune äußern, die im Rahmen der Beachtung der o. g. Grundsätze bei der Verteilung auch berücksichtigt werden.

Irene Alt
Staatsministerin